K-02 Lebenswerte Orte, lebendige Demokratie – Kommunen stärken, Zukunft sichern

Gremium:	Bundesvorstand
Beschlussdatum:	14.10.2025
Tagesordnungspunkt:	KP Starke Kommunen

Antragstext

Unsere Kommunen sind das Herz und Rückgrat unseres Landes. Hier spielt sich das Leben ab: Morgens bringen Eltern ihre Kinder in die Kita, Schulkinder warten an der Bushaltestelle. Auf dem Weg zur Arbeit trifft man Nachbar*innen, die kurz beim Bäcker halten. Am Nachmittag zieht es Jugendliche auf den Bolzplatz, während Senior*innen im Schwimmbad ihre Bahnen ziehen oder auf dem Marktplatz plaudern. Und abends übt die Freiwillige Feuerwehr für den Ernstfall. Hier, direkt vor unserer Haustür, finden Gemeinschaft und Zusammenhalt statt.

Dieses Zusammenleben fällt nicht vom Himmel. Es braucht dafür Menschen, die sich gegenseitig respektieren und die gemeinsam füreinander da sind. Es braucht Orte, an denen die Menschen sich begegnen und die allen offenstehen. Und es braucht Rahmenbedingungen, die es den Menschen vor Ort ermöglichen, ihr Zusammenleben zu gestalten. Kommunen können diese Rahmenbedingungen nicht allein sicherstellen: Vielfältige Beziehungen zu den Bundesländern und zum Bund bestimmen kommunale Handlungsmöglichkeiten. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass genau dort die antidemokratischen Kräfte am stärksten sind, wo Strukturen und Orte des Zusammenlebens fehlen. Starke Kommunen hingegen schaffen Freiräume, damit der eigene Ort gemeinsam entwickelt werden kann und Menschen dabei auch erleben, dass ihr persönliches Engagement wirksam und wertvoll ist. Das stärkt das Zusammenleben. Und deshalb gilt: Kommunen sind das Fundament unserer Demokratie und der Schlüssel für eine gerechte, nachhaltige Zukunft.

Doch genau dieses Fundament bröckelt. 2024 mussten die deutschen Kommunen ein Rekorddefizit von 25 Milliarden Euro verbuchen. Vielerorts sieht man die Folgen schon jetzt: marode Schulen mit undichten Dächern, Bibliotheken mit verkürzten Öffnungszeiten, Sportstätten, die schließen müssen, und Straßen, die nicht repariert werden. Junge Familien finden keinen Kitaplatz, weil Personal fehlt, und Theater müssen schließen, weil Zuschüsse gestrichen werden. Gleichzeitig haben die Kommunen neue und wichtige Aufgaben erhalten – mehr Kitaplätze, Ganztagsbetreuung, Unterstützung für Menschen mit Behinderung oder die Aufnahme Geflüchteter etwa –, ohne dass ihnen von Bund und Bundesländern ausreichende finanzielle Mittel bereitgestellt wurden. Die Folge: Städte und Gemeinden tragen erhebliche Mehrkosten bei Personal, Infrastruktur und laufendem Betrieb, ohne dafür verlässlich ausgestattet zu sein. Dazu stehen enorme Zukunftsaufgaben an: Klimafolgen wie Überschwemmungen oder Hitzewellen machen Investitionen in Wasserleitungen, Begrünung und moderne Klimatechnik dringend notwendig. Auch die alternde Gesellschaft stellt Kommunen vor immer größere Herausforderungen. Die Bundesregierung verschließt die Augen davor, dass kommunale Handlungsfähigkeit auf ausreichende, auch finanzielle Gestaltungsspielräume angewiesen ist. Dabei schafft das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz, das maßgeblich von uns mitgestaltet wurde, gute Voraussetzungen. Doch Merz, Klingbeil und Dobrindt nutzen diese Chance nicht und gefährden damit die Grundlagen für ein gutes Zusammenleben vor Ort. Dem stellen wir uns entgegen.

Am Ende geht es um nichts weniger als um die Frage, ob das Leben vor Ort funktioniert. Ob Kinder in sanierten Schulen lernen. Ob die Feuerwehr rechtzeitig ausrücken kann. Ob die Oma rechtzeitig mit dem Rettungswagen ins Krankenhaus kommt. Ob junge Leute in ihrem Ort eine Zukunft sehen oder wegziehen müssen.

Wir wollen, dass Kommunen wieder handlungsfähig werden. Dass Busse und Bahnen zuverlässig fahren. Dass Kitas, Schwimmbäder, Theater, Museen, Jugendzentren, Sportplätze und Straßen nicht als Kostenfaktor, sondern als Lebensadern unserer Gesellschaft gesehen werden. Das heißt: Es braucht eine verlässliche finanzielle Ausstattung, weniger Bürokratie und mehr Raum für Eigeninitiative.

Dafür reicht es allerdings nicht, mit einem Teil des Sondervermögens für Investitionen das Scheckbuch zu zücken, wie es die Union tut, aber keinen Wert auf eine nachhaltige finanzielle Ausstattung der Kommunen zu legen. Wer Kommunen nicht dauerhaft absichert, ist dafür verantwortlich, dass bald wieder über Kürzungen und marode Strukturen diskutiert wird. Wir dagegen sagen: Kommunale Handlungsfähigkeit wiederherstellen – und zwar nachhaltig.

Das bedeutet: Kommunale Pflichtaufgaben müssen zuverlässig und dauerhaft finanziert werden. Wenn der Bund oder die Länder neue Aufgaben für die Kommunen beschließen, dann müssen sie auch für die Kosten geradestehen. Damit senkt eine auskömmliche und bedarfsgerechte Finanzierung die Abhängigkeit kommunaler Akteure von Förderprogrammen der Länder, des Bundes oder der EU. Gleichzeitig bedeutet dies aber auch, dass Kommunen sich aus diesen Mitteln um ihre Aufgaben kümmern müssen.

Geld ist nicht alles. Bund und Länder müssen auch ihre Aufgaben bei der Vereinfachung von Verwaltungsprozessen erfüllen: Deshalb darf Digitalisierung kein Schlagwort bleiben, sondern muss den Alltag in Rathäusern und Landratsämtern wirklich erleichtern. Der Bund muss zentrale Digitalisierungslösungen bereitstellen, um Verwaltungskosten zu senken und Personal zu entlasten. Unser Ziel ist das „Once-Only-Prinzip“: Bürger*innen geben ihre Daten nur einmal an – Behörden greifen sicher darauf zu, wenn es nötig ist. Das spart Zeit, senkt Kosten und entlastet Personal. Dies erfordert gemeinsame Standards zwischen den Kommunen und zentralen Stellen zur Bearbeitung öffentlicher Leistungen. In Zukunft sollten Verwaltungsvorgänge ohne Ermessensspielraum digital erfolgen und bundesweit einheitlich umgesetzt werden. So wird Verwaltung verlässlich: ob bei der Kfz-Anmeldung, beim Wohnsitzwechsel oder einer Unternehmensgründung.

Wir kämpfen für starke, selbstbestimmte und finanziell gesunde Kommunen, die ihre Verantwortung selbst in die Hand nehmen können. Denn nur wenn es unseren Städten, Gemeinden und Landkreisen gut geht, geht es auch unserem Land gut. Dazu schlagen wir vor:

Eigenverantwortung stärken

Einnahmepotenziale vor Ort heben

Kommunen haben schon heute die Möglichkeit, mit erneuerbaren Energien mehr Wertschöpfung vor Ort zu halten und sogar eigene Einnahmen zu sichern – ob mit Solardächern auf der Schule, Windparks in der Region, Nahwärmeprojekten oder in

genossenschaftlichen Bürgerenergie-Modellen. Solche Vorhaben schaffen Arbeitsplätze vor Ort, machen unabhängiger von schwankenden Energiepreisen und stärken das Miteinander in der Region.

Das kann nicht nur neue Einnahmequellen für die kommunalen Haushalte eröffnen, sondern erweitert auch die demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten. Gewinne aus Netzen und Energieversorgung können so bspw. unter der Regie kommunaler Unternehmen in öffentlicher Hand bleiben, statt ausschließlich an private Investoren abzufließen – und können in Schwimmbäder, Bibliotheken oder Schulen reinvestiert werden. Damit Kommunen diese Chancen konsequent nutzen können, brauchen sie die entsprechende Unterstützung, um Aufgaben der Daseinsvorsorge effizient erfüllen zu können. In diesen Fällen sind der Aufbau und die Stärkung kommunalen Eigentums im Bereich der Daseinsvorsorge sinnvoll, um bspw. die kommunale Energiewende verlässlich voranzubringen.

Besonders kleinere Kommunen stoßen bei komplizierten Raumplanungsvorgaben an ihre Grenzen. Deshalb wollen wir Planungsgemeinschaften ermöglichen, in denen Fachpersonal gebündelt wird und Expertise für alle nutzbar ist. Das verschafft auch den kleineren Gemeinden eine echte Stimme bei der Gestaltung ihrer Zukunft.

Kommunen eine aktivere Boden- und Wohnraumpolitik ermöglichen

Vielerorts sind die Mieten und Bodenpreise ins Unbezahlbare gestiegen. Doch den Kommunen sind oft Fesseln angelegt. Sie brauchen für eine soziale Boden- und Wohnungspolitik mehr rechtliche Möglichkeiten und finanzielle Unterstützung.

Zur Begrenzung von Boden- und Immobilienspekulation müssen die politischen Vorgaben zur Verkehrswert- und Bodenrichtwertermittlung reformiert werden. Um möglichst wenige Acker- und Naturflächen in neues Bauland umwandeln zu müssen, sondern mehr Flächen im Siedlungsbereich aktivieren zu können, braucht es eine Stärkung des kommunalen Planungsrechtes. Für die Durchsetzung der kommunalen Planungshoheit und eine strategische kommunale Baulandpolitik braucht es gerade für die vielen finanzschwachen Städte und Gemeinden funktionierende Vorkaufsrechte abseits von Spekulationspreisen. Damit geplante Bauflächen auch tatsächlich bebaut werden, braucht es die bessere Durchsetzbarkeit des Baugebotes.

Gestaltungsmöglichkeiten bei kommunalen Steuern erweitern

Neben der Grundsteuer ist die Gewerbesteuer die wichtigste kommunale steuerliche Einnahmequelle. Das Aufkommen ist jedoch sehr konjunkturabhängig, und nicht alle, die von kommunalen Investitionen profitieren, tragen auch dazu bei. Unser Ziel ist eine Erhöhung der Unabhängigkeit kommunaler Finanzen von Zuweisungen und Ausgleichzahlungen. Dazu wollen wir das Band zwischen Kommunen, Wirtschaft und Bürger*innen stärker knüpfen und Kommunen die Möglichkeit geben, ihre Einnahmen konjunkturell stabiler und verlässlicher zu gestalten, indem sie Unternehmen fairer beteiligen können. Möglichkeiten hierzu sind zweckgebundene Abgaben wie eine Nahverkehrsabgabe oder die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer umsetzbaren kommunalen Wirtschaftssteuer. Konkrete Umsetzungsmöglichkeiten dafür werden wir prüfen.

Verursachergerechte Finanzierung kommunaler Aufgaben stärken

Kommunen entstehen durch einzelne Verursacher oft besondere Kosten. Wir wollen sie dabei entlasten, indem wie sie in ihren Möglichkeiten stärken, diese Kosten

stärker auf die Verursacher umzulegen. Ein Beispiel dafür ist der entstehenden Entsorgungs- und Reinigungsaufwand, der aus der Ausgabe von Einwegverpackungen durch einzelne Unternehmen entsteht. In solchen Fällen sollen Kommunen die Möglichkeit erhalten, verursachergerecht und rechtssicher Abgaben wie zum Beispiel eine Verpackungsmittelabgabe zu erheben.

Finanzielle Spielräume schaffen

Konnexitätsprinzip rechtssicher und verbindlich machen

Wer bestellt, zahlt! Das Konnexitätsprinzip muss als wesentlicher Grundsatz auch im Verhältnis zwischen Bund und Kommunen gestärkt und rechtssicher sowie durchsetzbar ausgestaltet werden. Wer neue Aufgaben für die Kommunen beschließt, muss sie auch bezahlen.

Das Altschuldenproblem nachhaltig lösen

Besonders strukturschwache Kommunen brauchen Unterstützung beim Abbau ihrer Schulden und dauerhafte Entlastung im Sozial- und Jugendbereich, um dem Verfassungsgebot der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gerecht werden zu können. Die Bundesregierung muss deshalb jetzt wie versprochen ihren Anteil zur Lösung des kommunalen Altschuldenproblems liefern.

Förderprogramme vereinfachen und ihre Anzahl reduzieren

Derzeit sind Kommunen ohne Fördermittel häufig selbst bei der Wahrnehmung ihrer Pflichtaufgaben nicht mehr handlungsfähig. Dazu haben Städte und Gemeinden zunehmend Schwierigkeiten, die für deren Beantragung erforderlichen Eigenanteile sowie Verwaltungs- und Planungsleistungen aufzubringen. Wir wollen diesen Weg umkehren: Statt Antragsbürokratie soll es verlässliche Mittel direkt für die Kommunen geben. Es muss daher bei jedem Förderprogramm geprüft werden, ob eine Überführung in die Regelausgleichssysteme möglich ist, insbesondere bei langjährigen und solchen, die kommunale Pflichtaufgaben betreffen. Dies ist auch ein Beitrag zum Abbau des bürokratischen Aufwands.

Eine Reduzierung ermöglicht es zudem, notwendige Förderungen zielgenau zu gestalten, etwa durch breitere Anwendungsfelder, mit mehr Pauschalisierungen oder einer Eigenanteilsdynamisierung. Dies bedeutet jedoch auch, dass Förderungen von allgemein durch Ausgleichssysteme finanzierten Zielen zukünftig ausgeschlossen wären. Bei den verbleibenden Förderprogrammen gilt es über eine Digitalisierung der Programme, allgemeine Standards und eine vereinfachte Antragstellung und Dokumentation sicherzustellen. Dies schafft auch die Grundlage für eine bessere Evaluation der geförderten Maßnahmen.

Steuerverteilung fairer gestalten – kommunale Anteile stärken

Die Kommunen erbringen einen Anteil von rund 25 Prozent der öffentlichen Leistungen. Gleichzeitig steht ihnen aber nur ein Anteil von ca. 14 Prozent des Steueraufkommens zu. Deshalb brauchen sie eine dauerhafte und spürbare Entlastung. Dafür soll der Bund den direkten Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer erhöhen. So lassen sich bedarfsbedingte Defizite schließen.

Gleichzeitig nehmen wir auch Zukunftsaufgaben in den Blick: Mit „Kommunalen Freiheitsbudgets“ schaffen wir zweckgebundene, aber flexible Mittel, über die

vor Ort entschieden werden kann – ganz ohne Förderdschungel. Wir setzen uns parallel dafür ein, Klimaschutz und -anpassung zur Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen zu machen. Das stärkt Verantwortung, schafft Handlungsspielräume und baut Bürokratie ab.

Mehr Gerechtigkeit beim Finanzausgleich

Unsere heutigen Finanzausgleichssysteme gleichen vor allem Einnahmeunterschiede aus. Doch die Realität ist längst vielfältiger: Kommunen sind unterschiedlich stark von Klimafolgen, demografischem Wandel oder besonderen Herausforderungen im ländlichen Raum betroffen. Künftig müssen Finanzausgleiche auch diese Unterschiede abbilden. Ein „Kombinationsfaktor im Finanzausgleich" kann dafür sorgen, dass etwa Gemeinden mit hohen Klimaanpassungskosten oder Regionen mit Abwanderung automatisch zusätzliche Mittel erhalten. So stellen wir sicher, dass niemand zurückbleibt.

Einfacher Zugang zu EU-Förderprogrammen für Kommunen

Die aktuellen Bestrebungen auf EU-Ebene, die Strukturförderungen des EU-Haushaltes auf der nationalen Ebene zu zentralisieren, lehnen wir ab. Unser Ziel ist die Schaffung eines direkten und einfachen Zugangs zu EU-Fördermitteln für Kreise, Städte und Gemeinden. Nur so können sie gemeinsame europäische Ziele wie Klimaschutz gut umsetzen. Wir fordern von der EU-Kommission, den direkten Zugang zuerst für Kommunen in den EU-Ländern zu ermöglichen, deren Fördermittel durch den Rechtsstaatlichkeitsmechanismus eingefroren sind.